

Migration - Menschenrechte statt rechte Menschen

Mehrinvestitionen ins Aargauer Asylwesen zugunsten von Geflüchteten!

Die Migrationspolitik im Kanton Aargau ist mangelhaft. Asylunterkünfte für Geflüchtete sind oft überfüllt und menschenunwürdig, den Bedürfnissen geflüchteter FINTA*s und Kinder kann oft nicht entsprochen werden. Gemeinschaftsprojekte, die interkulturellen Austausch und soziale Teilhabe fördern, sind unterfinanziert. Dadurch werden Menschen isoliert und diskriminiert. Die daraus entstehenden Probleme werden ihnen in die Schuhe geschoben. So kann es nicht weitergehen, denn viele Geflüchtete und Menschen, welche sich für sie einsetzen, leiden darunter. Mehrinvestitionen ins Asylwesen, beispielsweise durch die Erhöhung der Tagesgelder¹, sind dringend notwendig, um menschenwürdige Lebensbedingungen und ein gemeinschaftliches Zusammenleben in Vielfalt zu gewährleisten.

Die Errichtung und der Ausbau spezialisierter Schutzprogramme sowie rechtlicher Unterstützung für Opfer von Menschenhandel!

Die Situation von Migrant*innen, die Opfer von Menschenhandel wurden, ist besonders besorgniserregend. Insbesondere Frauen sind überdurchschnittlich oft davon betroffen. Diese Menschen leben oft in prekären Bedingungen ohne Zugang zu spezialisierter Hilfe, auch bei der Opferhilfe kriegen sie keinen Schutz, wenn sie Übergriffe im Ausland erlebt haben. Der Ausbau von Schutzprogrammen und juristischen Möglichkeiten ist dringend erforderlich, um ihnen sichere Unterkünfte, medizinische Betreuung und rechtlichen Beistand zu bieten. Es ist von fundamentaler Wichtigkeit, dass diese Arbeit aufsuchend durch Spezialist*innen vollzogen wird, welche die Betroffenen rücksichtsvoll behandeln. Wir wollen, dass der Aargau Geflüchtete schützt und mit offenen Armen aufnimmt. Wir stehen ein für eine Gesellschaft von Vielen statt von Wenigen.

Stimm- und Wahlrecht für alle im Aargau lebenden Personen und eine Entkriminalisierung von Sans-Papiers!

¹ Im Moment 9.5 CHF pro Tag

Migrant*innen sind im Alltag durch rechtliche Barrieren stark benachteiligt, was ihren Zugang zu Sozialhilfe, Arbeit und Gesundheitsdiensten und die Möglichkeit, sich an öffentlichen Diskursen zu beteiligen, erschwert. Menschen, welche gar keine rechtlichen Papiere besitzen, werden kriminalisiert, isoliert und abgeschoben. Sie dürfen weder arbeiten, noch wird ihnen geholfen. Sans-Papiers leiden und haben keine Möglichkeiten, ihre Situation zu verbessern. Ein kommunales und kantonales Stimm- und Wahlrecht für alle im Aargau lebenden Personen stärkt die politische und gesellschaftliche Teilhabe migrantischer Menschen und bringt uns einer politischen Demokratie näher. Zudem muss die Entkriminalisierung und Entstigmatisierung von Sans-Papiers erfolgen, um ihnen den Zugang zu grundlegenden Rechten und Dienstleistungen zu ermöglichen. Hierzu fordern wir eine "Aargo-Vie", also einen kantonalen Pass, mit dem sich im Aargau lebende Personen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus ausweisen können. Denn nur dank Inklusion und Unterstützung können wir ein rücksichtsvolles Miteinander pflegen.